



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 81 - 33  
Fernschreiber 0 888 890

E/XV/26 - 1. Februar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Es geht um die nationale Selbstbehauptung Sozialdemokratie und Kommunismus	98
3 - 4	Was wird jetzt aus Algerien? De Gaulle steht vor der Lösung des politischen Problems Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	114
5	Kreuz und Stern Dite und der Vatikan Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schliecher	41
6 - 7	Über den Umgang mit SED-isten Klare Antwort auf einen plausvertraulichen Brief	60

\* \* \*  
\* \* \*

### Es geht um die nationale Selbstbehauptung

ler - Die Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie ist eine Geschichte des Kampfes um die Verwirklichung der Demokratie in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Eine andere Grundhaltung kommt für diese älteste deutsche Partei nicht in Betracht. Wer diese Grundhaltung infrage stellte, die Partei auf die verhängnisvolle Bahn der Diktatur drängen wollte, mußte erkennen, daß es für ihn keinen Platz in den Reihen der Sozialdemokratie gab und gibt. Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, eine Folge der russischen Oktober-Revolution, in Kommunisten und Sozialdemokraten, war eine große Tragödie. Sie sprengte die Arbeiterbewegung zu einer Zeit, in der ihr nach dem ersten Weltkrieg zum ersten Male in ihrer Geschichte die Aufgabe zugefallen war, die Führung des Staates zu übernehmen. Ein großer Teil ihrer Energien wurde verbraucht in der Auseinandersetzung mit den deutschen Kommunisten, deren Demokratie und Parlamentarismus keine Werte in sich bedeuteten. Im Zweifrontenkrieg gegen die braunen Eroberer Deutschlands und die nur fremden Befehlen gehorchenden deutschen Kommunisten erlag die deutsche Demokratie und mit ihr der stärkste sie tragende Pfeiler, die Sozialdemokratie.

Das ist heute Geschichte. Die Nationalsozialisten glaubten, mit der Niederkämpfung der Deutschen Sozialdemokratie das deutsche Volk auch immum gemacht zu haben gegen die Demokratie schlechthin. Aber Ideen, die sich an Gerechtigkeit und Menschenwürde orientieren, die getragen sind vom Glauben an die Freiheit des Menschen, sind unsterblich. Sie lassen sich nicht auslöschen!

Die Deutsche Sozialdemokratie erstand von neuem nach dem Zusammenbruch von 1945. Sie zog in die Gemeinde- und Länderparlamente ein, und wenn ihr auch im Bundestag der Durchbruch zur Regierungspartei versagt blieb, so sind doch die Stempel ihres Wirkens in der Bundesrepublik nicht zu verwischen. Sie schuf mit dem Grundgesetz, das einen staatlichen Neuaufbau im demokratischen Geiste im freien Teile Deutschlands ermöglichte. Sie bewährte sich, ihrer ruhmreichen Tradition getreu, als Hüterin der parlamentarischen Demokratie. Sie schlug alle Angriffe ab, die dem Geist und dem Inhalt des Grundgesetzes galten. Die Sozialdemokratie, als eine "fleet in being", zwang die Regierungspartei auf sozialen und wirtschaftlichen Gebiet zu Entscheidungen, die sonst ausgeblieben wären. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, so ausbauwürdig es auch sein mag, ist ein Meilenstein in den Bemühen, den gesellschaftlichen Konflikten ihre Schärfe in Richtung einer demokratischen Harmonisierung zu nehmen.

Wie in der Weimarer Zeit hat die Deutsche Sozialdemokratie auch in der Bundesrepublik einen Zweifrontenkrieg zu führen. Auf der einen Seite gilt es, die Macht der konservativ-restaurativen Kräfte zu brechen, auf der anderen die gegenwärtig größte Bedrohung gegen die deutsche Demokratie abzuwehren. Die junge deutsche Demokratie steht noch vor ihrer Bewährungsprobe; es muß sich jetzt erweisen, daß das demokratische Ordnungsprinzip die Kraft zur Selbstbehauptung hat.

Der Kommunismus in Deutschland lebt nicht aus sich selbst, er hat nicht einen historisch bedingten Auftrag unseres Volkes, er ist ein von außen aufgezwungenes Fremdprodukt. Die deutschen Kommunisten haben jetzt die Hoffnung aufgegeben, ihr System, das sie auf Grund der Spaltung Deutschlands in einem Teile Deutschlands errichten konnten, auf ganz Deutschland auszudehnen. Hier stoßen sie auf die Sozialdemokratie als ihren leidenschaftlichsten Gegner. Sie liegt vor den Kommunisten als ein mächtiger Block, der diese daran hindert, daß ihre Bäume in den Himmel wachsen.

Der Standort, den die Sozialdemokratie in Verhältnis zum Kommunismus einnimmt, ist durch die Geschichte und die Praxis der großen Partei schon lange vorgezeichnet. Die am Montag der deutschen Öffentlichkeit übergebene Dokumentation zeigt deshalb keine neuen Erkenntnisse. Sie werden allerdings in diesem politischen Dokument erläutert, vertieft und sind den besonderen Gegebenheiten von heute angepaßt. Die Sozialdemokratie sagt es noch einmal in aller wünschenswerten Klarheit: Mit den Kommunisten gibt es keine Gemeinsamkeit, weder im Willen, noch in der Zielsetzung; die Kluft ist unüberbrückbar, eine Koexistenz kann es mit ihnen nicht geben. Die in diesem Dokument enthaltenen Richtlinien für Ostkontakte sollten auch den letzten Zweifler, sofern er guten Willens ist, überzeugen, wie ernst es der Sozialdemokratie ist, die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zwar nicht zu scheuen - das wäre unverzeihlich Weltfremdheit - aber sie auf einer Ebene zu führen, die der geistigen und politischen Notwendigkeit von heute entspricht.

Um diese Auseinandersetzung kommt niemand herum. Sie ist eine der Kernfragen unserer Zeit. Der Weltkommunismus bildet heute die größte Herausforderung all' dessen, was wir unter Demokratie und westlicher Lebensordnung verstehen. Viele wachen es sich klar doch zu einfach. Sie wollen der Gefahr des Kommunismus ausschließlich mit militärischen Mitteln begegnen, sie predigen Kreuzzüge und sind, wie der Amerikaner Schlaf, bereit, die schrecklichen Konsequenzen eines Atomkrieges in Kauf zu nehmen. Auf Kommunisten kann man zwar schießen, aber der Kommunismus kann man dadurch nicht töten. Die Gewalt der Vernichtungswaffen schließt eine solche "Lösung" glücklicherweise aus. Wer damit spielt, erweist dem Kommunismus einen Liebedienst.

Nichts käme dem Kommunismus mehr gelegen, wären sich die moralischen, wirtschaftlichen und politischen Energien der nichtkommunistischen Völker in einem sinnlos gesteigerten Leistungsaufwand erschöpfen und sie damit unfähig machen, ihren Beitrag zur Entwicklung der entwicklungs-fähigen Länder zu entwickeln.

Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus vollzieht sich heute auf der Ebene der Technik, der Produktivitätssteigerung und im Ringen um eine Gesellschaftsordnung, die die Demokratie verwirklicht. Wir Deutsche stehen im Brennpunkt dieses weltweiten Ringens um den Gehalt einer neuen durch das Industriezeitalter geprägten Gesellschaft. Für uns Deutsche ist die Verwirklichung der Demokratie, ihre Verlebendigung in allen Bereichen eine Frage der nationalen Selbstbehauptung. Nur in Zeichen der Demokratie wird die Wiedervereinigung unseres Landes möglich sein.

### Was wird jetzt aus Algerien?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

De Gaulles feierliches Bekenntnis zur Selbstbestimmung des algerischen Volkes und zur demokratischen Republik hat in Frankreich, aber auch in Algerien, einen starken Widerhall gefunden. Die faschistische Aufstandsbewegung in der Stadt Algier bröckelt ab und die großen Massen der mohamedanischen Bevölkerung Algeriens stellen sich mehr und mehr auf die Seite de Gaulles. Gerade sie, die Hauptopfer des fünfjährigen Krieges, sind von einer Sehnsucht erfüllt: Frieden.

#### Das Dilemma bleibt

Aber damit ist das eigentliche Problem Algerien für Frankreich noch nicht gelöst. 20 Monate nach dem Maiputsch steht die Fünfte Republik genauso wie die Vierte vor dem gleichen Dilemma. Die afrikanische und internationale Entwicklung drängt zu Friedensverhandlungen mit der algerischen Freiheitsfront zur Einstellung des Krieges; die Algerierfranzosen stemmen sich dagegen mit Gewalt und drohen mit Staatsstreich. Seit 1956 wurden die Methoden ständig gesteigert. Mollet wurde 1956 mit faulen Tomaten beworfen, gegen Pflimlin stürmten die Algerierfranzosen 1958 den Sommerpalast und stürzten mit Unterstützung der Armee die Vierte Republik. Seit de Gaulle 1959 das Selbstbestimmungsrecht Algeriens verkündet hat, greifen die Algerierfranzösischen Ultras zu den Waffen, bilden Milizen und errichten Barrikaden. Der Januaraufstand gegen die Fünfte Republik sollte zu einer faschistischen Diktatur und einer Verschärfung und Ausdehnung des nordafrikanischen Krieges führen. Die Überreste der Demokratie in Frankreich und der Weltfrieden bleiben weiter bedroht, solange der Krieg nicht beendet ist und die Kriegstreiber nicht gebändigt sind.

#### Algeriens Weg

Selbstverwaltung als Übergang zu staatlicher Unabhängigkeit mit oder ohne Commonwealth wäre der "normale" Weg Algeriens gewesen, ebenso wie für Tunesien, Marokko, Madagaskar, West- und Zentralafrika, Länder, die nach Spannungen und Kämpfen, aber ohne blutigen Krieg staatliche Selbständigkeit erlangten oder erlangen. Warum also über 5 Jahre grausamer Bürgerkrieg in Algerien, nachdem alle anderen französischen Ex-Kolonien die Unabhängigkeit oder das Recht auf Unabhängigkeit erlangten? Weil in Algerien besondere Interessen vorwiegen und ein besonderes Statut jede eigenständige Fortentwicklung hemmt?

Noch in der Verfassung der Vierten Republik wurde Algerien nicht als Kolonie und nicht als "Protectorat", sondern als Bestandteil Frankreichs betrachtet, ebenso wie etwa Korsika oder die Bretagne. Es gab niemals eine nationale algerische Souveränität, niemals einen algerischen Sultan oder Bey, die algerische Nationalität ist eigentlich erst in den letzten Jahren im Aufstand gegen Frankreich entstanden und gewachsen. Das ist das "Hauptargument" der französischen Integrationisten, das ist auch der schwache Punkt der algerischen Nationalisten, deren Muttersprache Französisch ist. (Die FLN-Presse erscheint in französischer Sprache).

Der 5-jährige algerische Krieg und bewaffneter Widerstand hat aber das algerische Nationalbewusstsein gestärkt, so daß die Fünfte Republik in ihrer Verfassung vorsichtiger ist als die Vierte: sie erwähnt Algerien mit keinem Wort! 80 Prozent der Franzosen haben dieser Verfassung zugestimmt, meistens ohne sie gelesen zu haben. Die Frage, ob Algerien eines Tages ebenso wie die Länder West- und Zentralafrikas über ihr Schicksal entscheiden kann, ob es französisches Departement bleiben, Mitgliedsstaat eines französischen Commonwealth werden oder aus dem französischen Staatsverband austreten will, bleibt offen. Diese Frage, die von den gaullistischen

Verfassungsgeschöpfem wahrscheinlich mit Absicht eingeschmuggelt wurde, gibt heute dem Staatspräsidenten die Möglichkeit, Algeriens Recht auf Selbstbestimmung zu proklamieren, ohne dabei "Hochverrat" zu begehen, wie es seine Widersacher behaupten. Nur vom Standpunkt der früheren Staatsverfassungen und in der Vorstellung der Integriationisten war dieser Staatsakt de Gaulles ein "Staatsstreich", glatter "Hochverrat", und sie stehen nicht an, dem gegenwärtigen Staatsoberhaupt mit dem Staatsgerichtshof zu drohen. Ob sie diese Drohung je in die Tat umsetzen können, ist eine Frage der Kraft. Das war der eigentliche Sinn des Januaraufstandes.

#### Die Kräfte der Reaktion

Drei Kräfte stemmen sich bis jetzt gegen Friedensverhandlungen in Algerien, gegen die Selbstbestimmung des algerischen Volkes: die Masse der Algerierfranzosen, die faschistischen Fanatiker, ein Teil der Armee. Seit dem Maiputsch, in dem diese drei Kräfte zusammenwirkten, konnte de Gaulle die europäische Bevölkerung Algeriens besänftigen, die Armee neutralisieren, die Fanatiker isolieren. Er konnte dies aber nur um den Preis einer Verlängerung des Krieges und einer Verschleierung seiner eigentlichen Absichten. Die Algerierfranzosen und die Armee gehorchten, weil sie glaubten, daß Frankreich "immer" in Algerien bleiben werde; jedenfalls bis zur "beängstigungslosen Kapitulation" der algerischen Nationalisten. Sobald aber unter dem Druck der internationalen Entwicklung wieder Friedensverhandlungen auf die Tagesordnung rücken, ist der alte Aufruhr wieder da. Die faschistischen Gruppen gewinnen aktiven Einfluß auf die europäische Bevölkerung und die Militärs stehen unter dem Druck dieser Entwicklung und tendieren zu Schremsverweigerung. So kam es zum Januaraufstand 1960.

Auch jetzt sind es wieder gewisse "Formeln", nach welchen Algerien "immer" französisch bleiben werde, mit welchen man die "Patrioten" zu besänftigen versucht. Keine Pariser Regierung hat es bis jetzt gewagt, die faschistischen Rädelführer in Algerien festzunehmen und nach Frankreich abzutransportieren, wie dies in Tunesien und Marokko rechtzeitig geschehen ist, um die friedliche Entwicklung dieser Länder zu gewährleisten. Die Situation scheint jetzt höchst günstig zu sein, mit den faschistischen Umsturzorganisationen endlich Schluß zu machen.

#### Frankreichs Linke abwehrbereit

Das französische Drama eilt jetzt seinem Höhepunkt zu. Nach einer Woche bewaffneten Aufstand in Algier, ist man sich in Paris vollkommen klar, daß das Schlagwort Französisch-Algerien nur ein Vorwand für eine viel breitere Operation zum Sturz des gegenwärtigen Regimes war. De Gaulle soll zum Rücktritt oder zum Verzicht auf seine Politik gezwungen die verbleibenden demokratischen Rechte sollen abgeschafft, eine autoritärer Standesrat soll errichtet werden. Das ist das offen eingeständene Ziel der französischen Faschisten in Algerien. Die Franzosen wissen es jetzt und wollen nicht, daß ihr Land zu einem zweiten Spanien wird.

Eine Massenbewegung, wie man sie seit den Anfängen der Vierten Republik nicht mehr gesehen hat, ist im Gange und könnte leicht zu einer neuen "Volksfront" führen. Abwehr des neuen Putsches ist die gemeinsame Parole, die weite Kreise aus allen Lagern verbindet. Der Algerienkrieg hat zu einer akuten faschistischen Gefahr geführt und damit zum Alarmzustand der gesamten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. De Gaulle weiß es und er erinnert sich gut daran, daß er auf die Arbeiterschaft schon einmal - im und unmittelbar nach dem Kriege - zählen konnte, als es um die Verteidigung der Demokratie ging. Aber auch die Armee hat die Stimme der französischen Arbeiterbevölkerung während des Januaraufstandes nicht überhört. Man muß hoffen, daß mit der neuen Entwicklung auch die ganze Armee wieder zur Republik zurückfindet. + - + - 5 -

Kreuz und Stern

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Ein kroatischer Franziskanerpater, der im Mittelpunkt eines recht beachtlichen Strafprozesses in der Republikhauptstadt Zagreb gestanden hat, gab der seit Wochen diskutierten Frage um das Verhältnis zwischen dem jugoslawischen Staat und der katholischen Kirche einen neuen Akzent. Stand es zwischen Kreuz und fünfzackigen roten Stern seit der über ein Jahrzehnt zurückliegenden Verurteilung des nachträglich zum Kardinal ernannten Zagreber Erzbischofs Stepinac nicht zum Besten, lieten in letzter Zeit einige Anzeichen eine gewisse Formalisierung vermuten. Staatspräsident Tito empfing Mitglieder einer slowenischen Priestervereinigung; der Vatikan ernannte einige neue Bischöfe; andere jugoslawische geistliche Würdenträger erhielten wieder die Möglichkeit, im Vatikan ihre vorgeschriebenen "Ad-limina-Personae" abzustatten. Und im Vatikan soll eine besonders kompromittierter Würdenträger, der für die Beziehungen zur katholischen Kirche in Kroatien verantwortlich gewesen ist, versetzt worden sein.

Diese leicht aufstrebende Entwicklung dürfte in nächster Zeit zum Stillstand kommen, wenn nicht gar rückläufig werden. Denn recht offen stellte der Zagreber Staatsanwalt in der Anklage gegen den um die Verwirklichung nazistisch-kroatischer Ideen konspirativ tätigen Franziskanerpater die Frage, ob hinter der illegalen Tätigkeit des Paters, für die dieser angeblich seine priesterliche Stellung und kirchliche Institutionen ausgenutzt hat, nicht ein Teil des katholischen Klerus, zumindest in seiner moralischen Verantwortung, stehe. Außerdem dürfte die Tatsache, daß die den Angeklagten vorgeworfenen staatsfeindlichen Beziehungen zu kroatischer Emigranten bzw. Flüchtlingen in Rom gleichfalls in klösterlichen Räumen stattgefunden haben, das Verhältnis Staat - Kirche nicht gerade erleichtern.

Bedeutender jedoch als der Zagreber Prozeß dürfte in diesem Zusammenhang ein für die nächste Zeit erwarteter Prozeß in der kroatischen Stadt Osijek werden, in dem noch bisher noch unbestätigten Nachrichten zwei katholische Priester und drei Theologiestudenten verwickelt sein sollen. Alle diese internen Schwierigkeiten mit der katholischen Kirche, aber auch nicht zuletzt die in Belgrad als sehr negativ bewerteten Stellungnahmen des Vatikans selbst zu einer Reihe von ausschließlich politischen Fragen, lassen es mehr als zweifelhaft erscheinen, daß es demnächst tatsächlich zu einer föhleren Formalisierung des Verhältnisses Belgrad-Vatikan kommen wird, trotzdem das Verhältnis zwischen Jugoslawien und der christdemokratischen Regierung Italiens sich in jüngerer Zeit besonders günstig entwickelt hat.

Über den Umgang mit SEDisten

Die Flut von Resolutionen, Propagandaschriften und Anbiederungsversuchen, die aus der Zone von den Pankower Agit-Prop-Leuten in die Bundesrepublik geschleust werden, reißt nicht ab. Prominente und weniger prominente Bundesbürger werden damit behelligt.

Wie ein SPD-Bundestagsabgeordneter sich diese Belästigungen von Halse schaffte, zeigt der folgende Briefwechsel:

\*

Institut für Marxismus-Leninismus  
beim Zentralkomitee der SED

Herrn  
Max S e i d e l, MdB,  
F ü r t h (Bayern)  
Cadolzbürger Straße 1-3

Warter Genosse Seidel!

Anbei übersenden wir Ihnen Heft 4 unserer Zeitschrift "Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung".

Leider haben wir auf die Ihnen ebenfalls zugesandten ersten Nummern unserer Zeitschrift bis heute keinerlei Antwort erhalten. Wir bedauern dies um so mehr, als wir nach wie vor glauben, daß die Erforschung und Popularisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Lehren ein Anliegen ist, das auch Ihr Interesse finden wird. Wir bitten um Nachricht, ob Sie an der weiteren Zusendung interessiert sind.

Mit sozialistischem Gruß

gez. H. G e m k o w

\*

Die Antwort von MdB Max Seidel lautet:

1. Februar 1960

Max S e i d e l, MdB

P ü r t h i . E .  
Cadolzburger-Str. 1-3

An das

Institut für Marxismus-Leninismus  
beim Zentralkomitee der SED

Werte Herren!

Ich bestätige den Empfang der Zeitschrift Nr. 4 "Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung".

Sie fragen, ob ich an der weiteren Zusendung interessiert bin. Ich bin es nicht! Das Heft Nr. 4 - wie die anderen zuvor - ist im Papierkorb gelandet.

Sie sprechen die Hoffnung aus, "daß die Erforschung und Popularisierung der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Lehren" mein Interesse finden wird. In der Tat, das findet sie, doch was Ihr Institut dafür als geschichtliches Tatsachenmaterial bietet und die Art der Wertung des Geschehens, das trägt den Stempel der perfekten Irreführung. Damit ernsthaft zu beschäftigen heißt, seine Zeit verschwenden. Für Ihre Geschichtsschreiber gibt es nur die Schwarzweißmalerei, als deren Ergebnis die KPD-SED als die allein richtig handelnde Kraft deutscher Arbeiterbewegung übrigbleibt. Das ist unrichtig und wird nicht wahrer, selbst, wenn hundertmal mißbräuchlich Marx und Engels dafür bemüht werden. Solche Literatur wandert hier in die Papierkörbe der Empfänger. Verwenden Sie lieber das gute Geld Ihrer Steuerzahler zur Förderung der industriellen Produktion und der besseren Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern; das wäre ein gutes Werk für die Menschen in der Zone.

Ihre Anrede und Grußform an mich ist eine Fehlspekulation. Als Sozialdemokrat fühle ich mich solidarisch mit jedem Sozialdemokraten in der Sowjetzone, die Sie aber alle als Staatsfeind Nr. 1 behandeln. Ihre plumpe Vertraulichkeit überbrückt daher nicht den Graben, der uns trennt.

Solange Sie den Menschen in der Sowjetzone Freiheit und Selbstbestimmungsrecht verweigern, handeln Sie gegen die Grundwerte der deutschen Arbeiterbewegung.

Hochachtungsvoll  
gez. Max S e i d e l

Verantwortlich: Günter Markscheffel